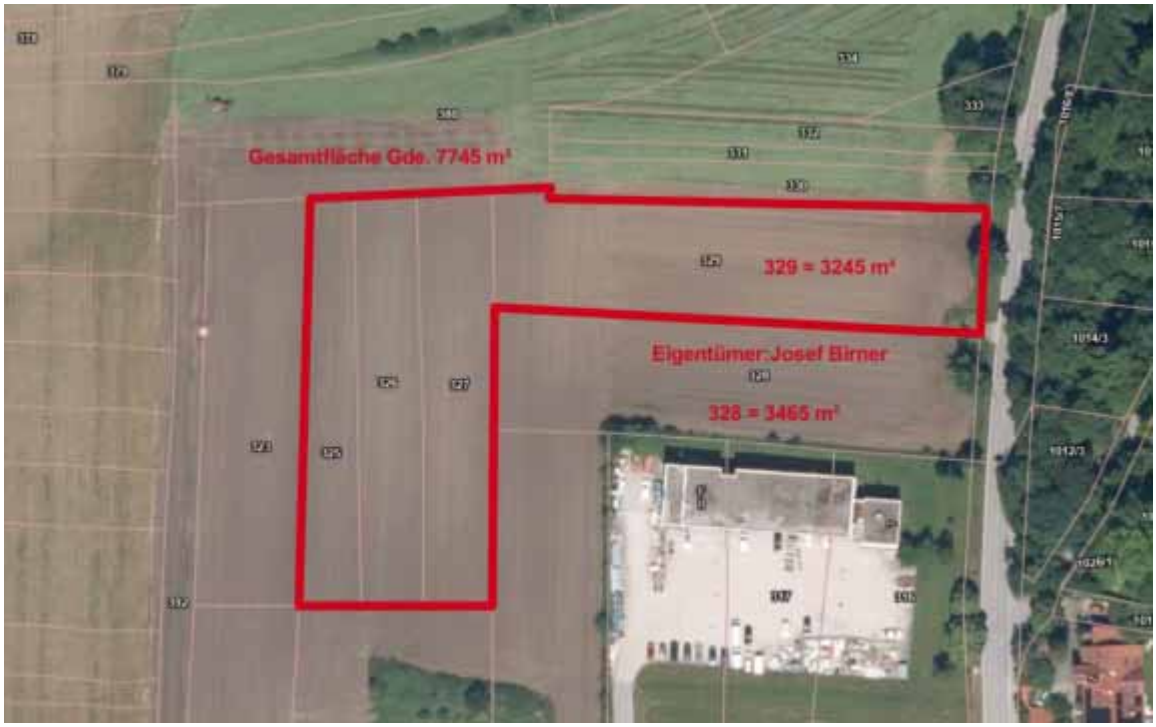


Geothermie-Firma kritisiert „Blockade-Haltung“ des Rathauses

In der Erde kocht das Wasser, in Herrsching kochen die Emotionen: Rathausspitze und Gemeinderat hatten in einer nichtöffentlichen Sitzung einen neuen Bohrplatz für die Geothermie vorgeschlagen. Begründung: Man will das sogenannte Herrschinger Moos, in dem sich auch landwirtschaftliche Flächen befinden, von industrieller Nutzung freihalten. Die Erdwärme Herrsching GmbH, die über die Bergrechte zur Ausbeutung von geothermischen Vorräten verfügt, lehnt aber den vorgeschlagenen neuen Bohrplatz in der Nähe der Seefelder Straße gegenüber des Wohngebietes „Weinberg“ ab.



Auf dem eingerahmten Gelände sollte die neue Klinik entstehen. Die kommt nun nicht, das rot eingerahmte Gemeindegrundstück plus das Grundstück darunter könne für die Geothermie-Bohrstelle verwendet werden, sagt die Gemeinde.

Begründung: Für den neuen Standort wäre ein „komplett neues Genehmigungsverfahren erforderlich“. Das Problem für die Geothermie-Gesellschaft: Die temporäre Kiesstraße zur Erschließung des Bohrgeländes würde über Gemeindegrund führen. Dazu sagt der Gemeinderat Nein. Nun ist die alte Pattsituation wieder hergestellt. Nachdem Bürgermeister und Gemeinderatsvertreter in **herrsching.online** ausführlich zu Wort kamen, veröffentlichen wir nun auch die Gegenargumente der Erdwärme Herrsching GmbH. Der folgende Text in Anführungszeichen stammt wörtlich von der Erdwärme Hersching GmbH & Co. KG. Die Redaktion kann die darin enthaltenen Behauptungen nicht unabhängig überprüfen.

„Umfassende Analysen belegen die Eignung des Ackers“

„Nach einem über dreijährigen, intensiven Selektions- und Prüfprozess kann festgestellt werden: Die vorliegenden Fachgutachten bestätigen lückenlos, dass alle strengen gesetzlichen Anforderungen zum Schutz von Mensch und Natur am Projektstandort erfüllt und vollumfänglich gewahrt werden.

• Umfassende Analysen zum Lärm-, Natur-, Umwelt- und Anwohnerschutz belegen die uneingeschränkte Eignung des Ackers. Sowohl in der Bauphase als auch im laufenden Betrieb ist die Einhaltung höchster Standards für Anwohner und lokale Ökosysteme sichergestellt. Dieses Projekt ist ein essenzieller Baustein für die regionale Klimawende und trägt damit zum Umweltschutz maßgeblich bei.

„Für eine neue Evaluierung wäre ein komplett neues Genehmigungsverfahren notwendig“

Die Aussage von Bürgermeister Christian Schiller, für die Evaluierung der Klinikflächen seien lediglich „wenige ergänzende Gutachten“ erforderlich, ist fachlich unzutreffend.
• Für eine seriöse Evaluierung müsste ein komplett neues Genehmigungsverfahren bei der Regierung von Oberbayern (Bergamt Südbayern) durchlaufen werden, einschließlich aller notwendigen Untersuchungen und Planungen – etwa zum Umwelt-, Natur- und Anwohnerschutz sowie zur Bohrplanung und zum Bau des Bohrplatzes.

• Das Klinikareal unterlag zum Zeitpunkt der Standort-Planung einem rechtsgültigen Flächennutzungsplan mit der Ausweisung „Sondergebiet Klinikum“. Diese Festsetzung, die bis heute fortbesteht, schließt anderweitige Projekte auf den Klinikflächen aus. Bislang kann weder der Bürgermeister noch einer der Gemeinderäte beantworten, ob es sich beim Klinikareal überhaupt um eine belastbare Alternative handelt.

„Selbst der Bürgermeister hat den Klinikstandort als ungeeignet bezeichnet“

Hinzu kommt, dass Bürgermeister Schiller den Standort Klinikareal bereits selbst öffentlich als ungeeignet für ein Tiefengeothermie-Projekt bewertet hat.

• In einer von ihm einberufenen Pressekonferenz zum Tiefengeothermie-Projekt äußerte er gegenüber der Süddeutschen Zeitung **2021**: *“Und Herrschings Bürgermeister Christian Schiller hält den als Erstes anvisierten Standort nördlich vom Ort an der Seefelder Straße [Klinikareal] für ungeeignet. „Vom Gemeinderat wird das Vorhaben an dieser Stelle äußerst kritisch gesehen“, sagte er bei einem*

Pressegespräch zum Tiefengeothermie-Projekt. Abgesehen von städtebaulichen Überlegungen, ob man Bohr- und Förderturm am Ortseingang positioniert sehen möchte, sei das geplante Kraftwerk 400 Meter von einem Naturschutzgebiet entfernt.

• Die Distanz zur nächsten Wohnbebauung betrage sogar nur 50 Meter. Schiller argwöhnt, dass die Bewohner während der Bohrung und im Betrieb erhöhten Geräuschimmissionen ausgesetzt wären." (Quelle laut EWH: SZ 2021).

„Temporäre Kiesstraße wird vollständig zurückgebaut"



Erschließungsweg von der Seefelder Straße zum ursprünglichen Bohrplatz. . Das Problem für die Geothermie-Gesellschaft: Ein Teil des Weges führt über Gemeinde-eigenen Grund. Zeichnung Gemeinde Herrsching

Die geplante temporäre Umgehungsstraße wird als einfache Kiesstraße auf landwirtschaftlichen Flächen angelegt und kann nach Abschluss der Bohrarbeiten vollständig zurückgebaut und renaturiert werden. Alle betroffenen Eigentümer haben ihre Zustimmung gegeben. Besonders hervorzuheben ist, dass diese Lösung in einem gemeinsamen Termin mit der Gemeindeverwaltung und den Bürgermeistern 1, 2 und 3 abgestimmt wurde und sogar von der Gemeinde vorgeschlagen wurde.

Die aktuelle Blockade-Haltung widerspricht den Vereinbarungen mit der Gemeinde. Wir appellieren an die Verantwortung der Gemeinde, die im Sommer 2025 getroffene protokollierten Vereinbarung zum 200-Meter-Weg einzuhalten."

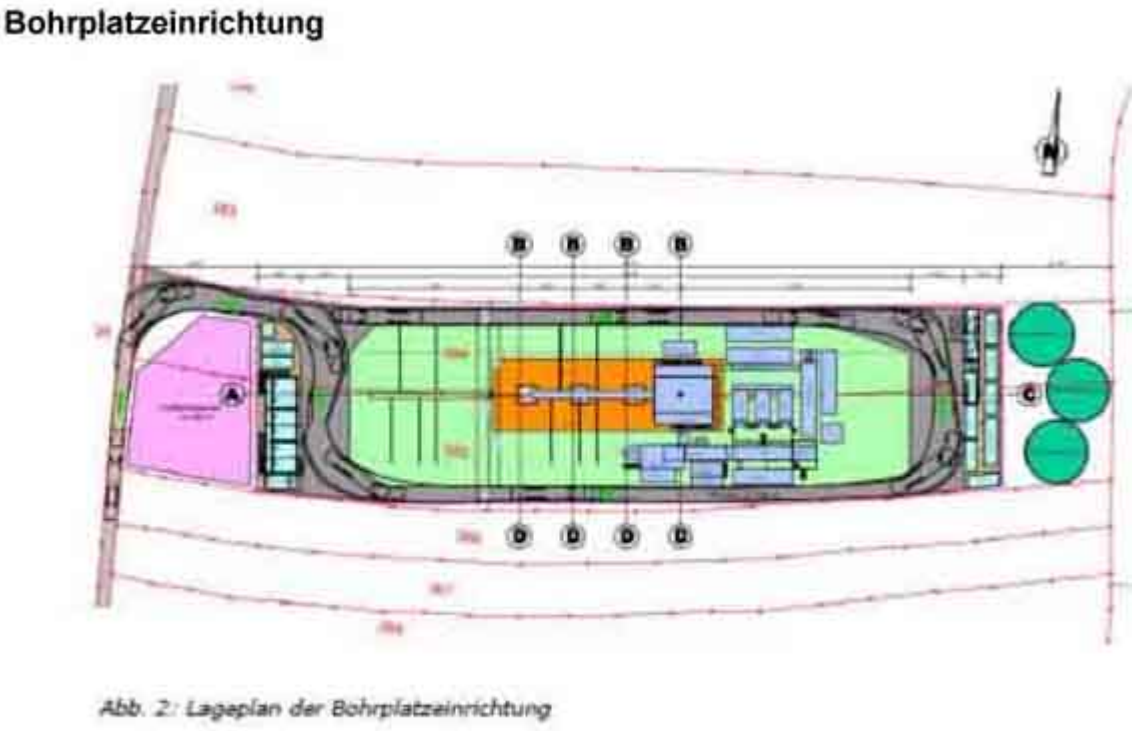


Abb. 2: Lageplan der Bohrplatzeinrichtung

So würde der Bohrplatz aussehen. Der Betreiber müsste eine zehn Meter hohe Schallschutzwand errichten.

Category

1. Gemeinde

Date
22/11/2026
Date Created
23/03/2026